

Ulrich Lappenküper

Prekäres Vertrauen

François Mitterrand und Deutschland seit 1971

1. Theoretische Vorbemerkungen

Schon Plato hat in seiner „Politeia“ die Notwendigkeit von Vertrauen zwischen Herrschern und Beherrschten als Vorbedingung einer zivilen Gesellschaft apostrophiert. Heute hat das Thema in der soziologischen, politikwissenschaftlichen und philosophischen Forschung geradezu Hochkonjunktur, und auch die Geschichtswissenschaft nimmt sich seiner immer intensiver an. Was aber ist Vertrauen? Ganz allgemein könnte man mit Eric M. Uslaner von einer moralischen Größe sprechen – dem Glauben an den Anderen und dem Willen, entsprechend zu handeln, in der Hoffnung, dass dieser ebenfalls so agiert¹. Von diesem Generalvertrauen zu unterscheiden wäre das Partikularvertrauen homogener Gruppen, die sich gut kennen, eventuell vertraglich verbunden sind oder die Erwartung ausgedehnter zukünftiger Interaktionen hegen. Ob Individuen – wie Russell Hardin behauptet – sich nur dann für vertrauenswürdig erachten, wenn die Zusammenarbeit ihren Interessen dient², erscheint zweifelhaft. Gewiss aber ist Vertrauen risikobehaftet, kann enttäuscht werden und in Misstrauen umschlagen.

Vieles, nicht alles, was hier skizziert worden ist, gilt auch, wenn man das Konzept des sozialen Vertrauens auf die Ebene der internationalen Politik hebt. Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen, heißt es, vor allem das Fundamentalinteresse, sich vor äußerer Gefahr zu schützen. Glaubt man der realistischen Schule der internationalen Beziehungen, gab und gibt es in einem vom „Sicherheitsdilemma“ bestimmten internationalen System grundsätzlich nur „little room for trust“³. In der Ära des Kalten Kriegs scheint sogar ein blockspaltendes Misstrauen vorherrschend gewesen zu sein, das ein stetiges Bemühen um „Reassurance, and Cooperation“ notwendig gemacht habe⁴.

¹ Vgl. Eric M. Uslaner, *The Moral Foundations of Trust*, Cambridge 2002.

² Vgl. Russell Hardin, *Conceptions and Explanations of Trust*, in: Karen S. Cook (Hrsg.), *Trust in Society*, New York 2001, S. 3–39.

³ John J. Mearsheimer, *The False Promise of International Institutions*, in: *International Security* 19 (1994) H. 3, S. 5–49, hier S. 11.

⁴ Vgl. Andrew Kydd, *Trust, Reassurance, and Cooperation*, in: *International Organi-*

Man wird diese Behauptung Andrew Kydds in ihrer Absolutheit wohl ebenso bezweifeln können wie die entgegengesetzte Annahme, wonach zwischen Staaten, die durch Werte, Normen und Verträge verbunden sind, prinzipiell Vertrauen herrscht⁵. Denn hier wie dort basiert Vertrauen auf der Abschätzung der Intentionen des Gegenüber; es muss aktiv aufgebaut und kontinuierlich gepflegt werden. Dabei kommt der Diplomatie, namentlich der Kommunikation zwischen den *top-level policy-makers*, offenbar eminente Bedeutung zu.

2. Vertrauen als Kategorie der deutsch-französischen Beziehungen in der frühen Nachkriegszeit

Die Geschichte des deutsch-französischen Verhältnisses in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hält reichhaltiges Anschauungsmaterial für diese These bereit. Zwar zwang der Kalte Krieg beide Staaten auf dieselbe Seite des Eisernen Vorhangs; ihre historische „Erbfeindschaft“ war damit aber keineswegs obsolet. Dazu bedurfte es erst eines langen Prozesses des Aufeinanderzugehens, in dem Vertrauen eine zentrale Rolle spielte.

Kaum war die Bonner Republik 1949 aus der Taufe gehoben, vereinbarte Frankreich mit seinen angloamerikanischen Partnern, die im Besatzungsstatut festgelegten Rechte ihres Mündels in dem Maße zu erweitern, „wie die Verwaltung der Bundesrepublik das Vertrauen rechtfertigt, daß sie auf die Errichtung eines freien, demokratischen und friedlichen Deutschland hinarbeitet“⁶. Nur „auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens“⁷, dessen war sich Bundeskanzler Konrad Adenauer seither mehr als bewusst, würde es dem westdeutschen Teilstaat möglich sein, Handlungsfreiheit zu gewinnen und als gleichberechtigtes Mitglied der westlichen Staatenwelt anerkannt zu werden. Nur durch ein ehrliches Bemühen um Vertrauen konnte das „Transitorium“ (Theodor Heuss) Akzeptanz, Sicherheit und Souveränität erlangen. Konkret bedeutete das für Adenauer, dass die Bundesrepublik ungeachtet ihrer grundsätzlichen Forderung nach Gleichberechtigung und

zation 54 (2000), S. 325–357, und Andrew H. Kydd, *Trust and Mistrust in International Relations*, Princeton 2005.

⁵ Vgl. Michael P. Jasinski, *Social Trust, Anarchy, and International Conflict*, New York 2011, S. 88.

⁶ Schlusskommuniqué der Pariser Außenministerkonferenz vom 11. 11. 1949, in: *Europa-Archiv* 5 (1950) Teil 2, S. 3153f. Anm. 7.

⁷ Zit. nach Horst Lademacher/Walter Mühlhausen (Hrsg.), *Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation*, Melsungen 1985, S. 87–90, hier S. 87.

ihres Beharrens auf Reziprozität zu Vorleistungen und Zugeständnissen bereit sein musste. Diese Überzeugung stellte er im Kontext des Petersberger Abkommens oder des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mehrfach unter Beweis.

Trotz aller Vertrauensrhetorik und der damit verbundenen Gesten und Handlungen des Kanzlers blieb zwischen den Nachbarn am Rhein ein latenter Argwohn bestehen – ein Argwohn, der drei Jahrzehnte später während der Kanzlerschaft Helmut Kohls sogar in offenes Misstrauen umschlagen sollte. In diesem Beitrag geht es darum, welche Rolle der französische Präsident François Mitterrand dabei spielte. Welche Bedeutung besaßen Vertrauen und Misstrauen in den deutsch-französischen Beziehungen der Ära Mitterrand? War die Rhetorik von Vertrauen und Misstrauen nur ein politisch-strategisches Instrument oder steckte mehr dahinter? Diente der Rekurs darauf, nationale Interessen zu verbrämen, oder wurzelte er in den subjektiven Empfindungen des vierten Präsidenten der Fünften Republik?

3. Der fremde Nachbar: Deutschland im Urteil Mitterrands 1916 bis 1981

Geboren 1916 im südwest-französischen Jarnac, wuchs Mitterrand in einer Familie mit festem außenpolitischem Feindbild auf. Seine frühen Vorstellungen vom deutsch-französischen Verhältnis waren, wie er später selbst zugab, einseitig und verzerrt. Die von ihm als anti-deutsch angesehene Politik des Kardinals Richelieu hielt er für richtig; an der Annexion deutscher Landstriche durch Napoleon I. hatte er nichts auszusetzen. Aber es war Mitterrand unmöglich, den Deutschen die Invasion von 1870 oder den Einmarsch 1914 zu verzeihen; *sie* trugen in seinen Augen stets die Schuld an allen deutsch-französischen Konflikten. Kaum überraschend hielt er eine Annäherung der beiden „Erbfeinde“ nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs für fast unmöglich, die für ihn persönlich gleichsam das Ende der Welt und jahrelange Kriegsgefangenschaft in Deutschland bedeutete.

Als Staatsmänner vom Schlage Robert Schumans Mitterrand eines Besseren belehrten, befürwortete der mehrfache Minister die Kooperation zwar aus strategischen Erwägungen. Das von General de Gaulle und Adenauer 1963 unterzeichnete deutsch-französische Freundschaftsabkommen lehnte der Oppositionspolitiker indes ab, weil es eine „Achse Paris-Bonn“ zu begründen drohte und Westdeutschland die Rolle des „Führers von Europa“

verlieh⁸. Wenn Mitterrand die Bundesrepublik auch als wichtigsten europäischen Bundesgenossen einschätzte, blieb sie für ihn doch wirtschaftlich ein Konkurrent und politisch ein unsicherer Kantonist. Die Bonner Republik sei „expansionistisch und revanchistisch“⁹, vielleicht sogar fähig, mit der Sowjetunion einen Konflikt um Berlin zu provozieren. Diese Urteile und das ihnen inhärente Misstrauen waren zum einen Ausdruck seiner persönlichen Sozialisation und Erfahrungen, zum anderen aber auch das Ergebnis fehlender direkter Kommunikation. Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und seiner Wahl zum Staatspräsidenten betrat Mitterrand nicht mehr als zehn Mal deutschen Boden. Einladungen aus parlamentarischen Kreisen nach Bonn schlug er mehrfach aus; 1968 gab er offen zu, „nie ein besonderes Verhältnis zu Deutschland“ gehabt zu haben¹⁰.

Erst der nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des *Parti Socialiste* 1971 begonnene Aufbau persönlicher Kontakte leitete einen gewissen Meinungsumschwung ein – freilich nicht bezüglich der Deutschen, wohl aber, was die Spitze der westdeutschen Schwesterpartei und ihren Vorsitzenden, Bundeskanzler Willy Brandt, betraf. Doch auch dieses Verhältnis gestaltete sich zunächst alles andere als einfach. Nur langsam, so gab Mitterrand nach Brandts Rücktritt 1974 offen zu, habe er erkannt, in welchem hohem Maße der Kanzler „eine an Empfindungen und Intelligenz, an Geschichtsbewußtsein und an Mut reiche Persönlichkeit“ sei¹¹. Maßgebliche Bedeutung hatten für Mitterrand dabei sowohl der Lebensweg des „großen Mannes des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus“¹² als auch seine auf Entspannung ausgerichtete Außenpolitik. Das Eis wirklich brechen sollte indes erst eine von Brandts Mitarbeiterstab arrangierte Bahnfahrt am 2. April 1974. Mitterrand stilisierte diese Reise von Stuttgart nach Mainz im gemütlichen Salonwagen später zum Beginn einer „offenen Freundschaft“¹³. Von Freundschaft konnte zwischen den beiden so ungleichen Männern damals jedoch kaum die Rede

⁸ Rede Mitterrands in der Nationalversammlung am 24. 1. 1963, in: Journal Officiel, Assemblée nationale, Débats parlementaires 1963, Bd. 2, S. 1648–1654, hier S. 1651.

⁹ François Mitterrand, *Ma part de vérité. De la rupture à l'unité*, Paris 1969, S. 75.

¹⁰ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, ehemals Bonn, Sammlung Frankreich 015-17, Mikروفilm 3694, Kommentar von Alfred Frisch für die Deutsche Welle vom 19. 3. 1968.

¹¹ AsD, Sammlung Personalialia François Mitterrand, Karton 2052, Interview Mitterrands mit „Europe I“ vom 14. 5. 1974.

¹² Hans-Eberhard Dingels am 17. 11. 2003 im Gespräch mit dem Verfasser; Dingels war zwischen 1961 und 1995 Internationaler Sekretär beim SPD-Parteivorstand.

¹³ François Mitterrand, *Ici et Maintenant. Conversations avec Guy Claisse*, Paris 1980, S. 299.

sein. Auf eine sehnlichst gewünschte offizielle Einladung ins Bonner Kanzleramt wartete Mitterrand bis zum Ende von Brandts Amtszeit vergeblich.

Der Kanzlerwechsel zu Helmut Schmidt sollte das zarte Pflänzchen des Vertrauens bald verkümmern lassen. Persönlich-politische Animositäten gegenüber dem kühlen Hanseaten und die Verärgerung über Schmidts Hilfestellung für Valéry Giscard d'Estaing in den Präsidentschaftswahlkämpfen 1974 und 1981 belasteten ihr Verhältnis schwer. Auch wenn der neue Bonner Regierungschef die Außenpolitik seines Vorgängers mehr oder minder nahtlos fortsetzte, wirkte er in den Augen des Pariser Oppositionsführers weniger vertrauenswürdig, sei es, weil nach dem Widerstandskämpfer Brandt nun ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier den Kurs der Bundesrepublik bestimmte, sei es, weil Schmidt weit mehr als Brandt als Protagonist jener mit dem Namen Bad Godesberg verbundenen Aussöhnung mit dem Kapitalismus galt, die der *Parti Socialiste* entschieden ablehnte.

Fast zum Bruch kam es über die Frage nach dem Umgang mit dem Linksterrorismus, als französische Sozialisten ohne Hemmungen über die „Repressionsmaschine“ der westdeutschen Justiz gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe“¹⁴ herzogen. Indem sich Mitterrand an die Spitze der Kampagne stellte und aus Protest gegen den sogenannten Bonner Radikalenerlass an der Gründung eines französischen „Komitees zur Verteidigung der zivilen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik“ mitwirkte, offenbarte er neben dem Streben nach innerfranzösischem Machtgewinn einmal mehr seinen Argwohn gegenüber der demokratischen Substanz der Bundesrepublik. Wenn es auch übertrieben wäre zu sagen, Westdeutschland sei vom Geist der Revanche beseelt, bleibe es doch wegen der Teilung ein Krisenherd, der den Frieden in Europa stören könne, warnte der Sozialist Anfang 1978 auf einem Kongress seiner Partei¹⁵. Und nach dem Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest im Herbst 1980 ließ er sich zu dem Verdikt hinreißen: „Hitler ist tot, aber die Gesellschaft, die ihm zur Geburt verholfen hat, ist immer noch da.“¹⁶

¹⁴ L'Unité vom 31. 1. 1975, S. 22f., hier S. 23 (Jean-Paul Liegeois).

¹⁵ AsD, Helmut-Schmidt-Archiv, Mappe 9404, Aufzeichnung Veronika Isenbergs vom 10. 1. 1978.

¹⁶ Mitterrand, Ici et Maintenant, S. 303.